

deren ökonomischen Gesetze ist nicht nur eine Sache der grundlegenden Orientierung oder der Planung, sondern sie wird durch die praktische Tätigkeit der werktätigen Menschen in den Betrieben und Genossenschaften, in den Instituten und wissenschaftlichen Einrichtungen verwirklicht.

Der Wettbewerb zu Ehren des VI. Parteitages, zu dem die Kollegen des Büromaschinenwerkes Sömmerda den Auftakt gaben, zeigt, wie die Betriebe entsprechend dem ökonomischen Grundgesetz des Sozialismus arbeiten müssen: Erreichung höchster Qualität der Erzeugnisse bei modernster Fertigungstechnik und Produktionsorganisation mit geringsten Selbstkosten.

In den Leipziger Eisen- und Stahlwerken haben zum Beispiel Arbeiter und Ingenieure der Abteilung Stahlguß, trotz anfänglicher Mißachtung durch Experten, einen Verbesserungsvorschlag durchgesetzt, der die Glühkapazität des Ofens um 100 Prozent erhöhte, ohne daß mehr Arbeitskräfte und mehr Energie gebraucht werden. Diese Vervollkommnung der Produktion bringt also mehr Stahl, mehr Stahl für mehr Maschinen, mehr Maschinen schließlich produzieren mehr für die Bedürfnisse der Menschen.

Kürzlich riefen die Kollegen des VEB Secura in Berlin die Werktätigen der DDR auf, durch höhere Exporte höhere Importe zu ermöglichen. Sie wollen im kommenden Jahr für 354 000 DM zusätzlich Registrierkassen bester Qualität für den Export bauen. Sie handeln genau nach den Forderungen des ökonomischen Grundgesetzes, indem sie mehr weltmarktfähige Erzeugnisse produzieren.

Auf der Leipziger Bezirksdelegiertenkonferenz wurde das Leipziger Bodenbearbeitungsgerätekritisiert, daß es seinen Plan nicht erfüllt. Die Landwirtschaft wird also weniger Maschinen bekommen und die Bodenbearbeitung wird nicht so erfolgen können, wie es für eine Steigerung der Produktion notwendig wäre. Das heißt: Die Forderungen des ökonomischen Grundgesetzes werden in diesem Fall nicht erfüllt und das Ziel kann dadurch nicht voll erreicht werden.

Überall, wo wir also in raschem Tempo den technischen Fortschritt durchsetzen

und den Höchststand erreichen, handeln wir genau nach den Forderungen des ökonomischen Grundgesetzes und damit tragen wir bei zur Verbesserung der Lebenslage. Überall dort, wo es keine genügenden Anstrengungen in dieser Richtung gibt, verstößt man gegen die Interessen des Volkes.

Das ökonomische Grundgesetz und die übrigen ökonomischen Gesetze wirken objektiv. Werden sie von der sozialistischen Gesellschaft richtig ausgenutzt, dann macht die gesellschaftliche Entwicklung und die Verbesserung der Lebenslage rasche Fortschritte. Werden sie nicht richtig ausgenutzt, gibt es Schwierigkeiten, ist das Tempo des Fortschritts gering.

Wir haben diese Erfahrung machen müssen. In den letzten Jahren war bei uns in der DDR die Wirksamkeit der ökonomischen Gesetze des Sozialismus eingeschränkt. Einmal auf den Gebieten, wo die sozialistischen Produktionsverhältnisse noch nicht gesiegt hatten, zum Beispiel in der Landwirtschaft. Vor allem aber auch durch die offene Grenze, über die der Imperialismus störend einwirken konnte. In dieser Zeit mußte der politische Kampf im Vordergrund stehen und eine Reihe ökonomischer Gesetze des Sozialismus konnte nicht konsequent angewandt werden. Dadurch wuchs die Arbeitsproduktivität zu langsam, die Möglichkeiten der Akkumulation waren eingeschränkt, so daß die vom Grundgesetz geforderte Erweiterung und Vervollkommnung der Produktion nicht im nötigen Tempo und auf dem nötigen Niveau erfolgen konnte.

Bereits 1962 wurde mit einer Veränderung begonnen. Der Plan für 1963 führt diese Linie jetzt weiter. Es wird darin betont, daß der Hauptteil des Zuwachses des Volkseinkommens für die Erweiterung der Produktionsgrundlagen verwendet werden soll. Der Plan sieht eine Konzentration auf die führenden Zweige der Volkswirtschaft vor. Es wird hervorgehoben, daß es nicht um eine einfache Steigerung der Produktion geht, sondern entsprechend den Forderungen des ökonomischen Grundgesetzes um die Erreichung des wissenschaftlich-technischen Weltniveaus und die schnelle Entwicklung unserer Wirtschaft. A.H.